

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 7. September 1955

363/J

A n f r a g e

der Abg. C z e r n e t z, O l a h, R o s e n b e r g e r und Genossen  
an die Bundesregierung,  
betreffend Berichterstattung über die Genfer Verhandlungen zum Kündigungs-  
programm österreichischer GATT-Konzessionen.

-.-.-.-

Österreich kündigte zu Beginn dieses Jahres ungefähr ein Fünftel seiner GATT-Konzessionen gegenüber 14 Vertragsstaaten. Seit Juni wird in Genf über die Festsetzung neuer Vertragszölle und die Kompensationen, die Österreich für die erhöhten Zölle anbietet, verhandelt. Diese Besprechungen müssen bis Ende des Monats September abgeschlossen sein.

Obwohl die in Genf getroffenen Vereinbarungen den Nationalrat bei den künftigen Verhandlungen über den Zolltarif nicht binden, können die neuen Vertragssätze das österreichische Zollniveau präjudizieren. Sind die von der Volksvertretung festzusetzenden autonomen Sätze niedriger als die GATT-Sätze, ziehen daraus unsere Vertragspartner einen besonderen Nutzen, weil sie dafür keine Gegenleistung zu vollbringen brauchen. Dieses Dilemma kann nur vermieden werden, wenn die Genfer Verhandlungen im Einvernehmen mit dem Parlament geführt werden.

Aufschlußreich wäre es auch, zu erfahren, wie der vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeitete Zolltarifentwurf im einzelnen aussieht; er wurde den ausländischen Verhandlungspartnern mit dem Bemerken übergeben, daß er die Maximalsätze des künftigen Regierungsentwurfes enthalte. Den Mitgliedern des Nationalrates ist er aber bis zur Zeit noch unbekannt.

Es liegt auch im Interesse der Bundesregierung, wenn die Volksvertretung über den Stand der Genfer Verhandlungen informiert wird und sie die Meinung des Parlaments hört.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die nachstehende

A n f r a g e:

Ist die Bundesregierung bereit, so bald als möglich über die Verhandlungen in Genf zu berichten und die Meinung des Zollausschusses zu den Verhandlungen einzuholen?

-.-.-.-.-